

taine, demnächst stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD, werde „gewiß Mittel und Wege finden“, auf seine hesischen Genossen einzuwirken.

Das Pokern um Abstimmungsergebnisse, wenn die Regierungsmehrheit knapp ist, hat in der bundesdeutschen Parlamentsgeschichte Tradition. Nur selten wurden die Fairneßregeln eingehalten. Einen Parlamentsboykott nach Hessen-Art hatte schon Bundeskanzler Konrad Adenauer praktiziert, der 1963 den Bundestag gezielt beschlußunfähig machte, um eine Abstimmungsniederlage zu vermeiden.

Auch in den Ländern war die CDU nie zimperlich. Als die Genossen 1970 in Hannover mit einer Stimme Mehrheit regierten, verweigerte sich die Union einem Fair-play-Abkommen.

Heute ist die Lage in Niedersachsen umgekehrt. Ernst Albrecht (CDU) verfügt im Parlament nur über eine Stimme Mehrheit. Wann immer ein Unionsabgeordneter krank ist, muß der Regierungschef ihn herankarren lassen oder dem Oppositionsführer Gerhard Schröder (SPD) Zugeständnisse machen.

Zu Kompromissen waren CDU und FDP auch in Hessen bereit. Doch die Angebote gingen den Sozis, die um den Bestand ihrer Bildungsreformen fürchten, nicht weit genug. Seine Partei, kündigte der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans Krollmann an, werde „die Möglichkeiten nutzen, die das Schicksal uns gibt“.

Das nannte der christdemokratische Regierungschef Walter Wallmann zwar einen „menschlich miesen und unanständigen und unverantwortlichen Stil“. Doch bei der Vorbereitung des „Gesetzes zur Wiederherstellung der freien Schulwahl im Lande Hessen“ hatten die CDU/FDP-Koalitionsfraktionen selber alle gängigen Regeln des Parlamentarismus mißachtet und versucht, die Gegenreform „mit der Brechstange“ (DGB Hessen) durchzusetzen.

Den Gesetzentwurf legten die Wahlgewinner schon vor, ehe sich das Parlament überhaupt konstituiert hatte. Eine Viertelstunde vor Beginn der ersten und einzigen Ausschußberatung erhielt die Opposition eine geänderte Fassung, die völlig neu formuliert war. Unter Protest verließen SPD und Grüne den Ausschuß, weil sie über den neuformulierten Text umgehend abstimmen sollten.

Eine eilig angesetzte Experten-Anhörung, den Regierungsparteien nur mit der Boykottandrohung abgetrotzt, brachte lediglich eine Neuauflage des 20 Jahre alten Streits zwischen ideologisch verfeindeten Lehrer- und Elternverbänden.

Der Titel „Schulfreiheitsgesetz“, den der SPD-Fraktionschef und frühere Kultusminister Krollmann „aus naheliegenden Gründen nicht in den Mund nehmen“ möchte, ist irreführend. Er soll suggerieren, daß die Genossen in Hessen die „Entscheidung des Staates anstelle

der Eltern über den weiteren Bildungsweg der Kinder“ (CDU-Vorwurf) gestellt haben.

Dabei existieren im Lande Haupt- und Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen als Angebotsschulen nebeneinander. Nur beginnen sie, so wollte es zu sozialliberalen Regierungszeiten auch die FDP, in weiten Teilen Hessens erst mit Klasse sieben. Die Kinder der Klassenstufen fünf und sechs werden gemeinsam in Förderstufen auf die weitere Schullaufbahn vorbereitet. Union und FDP hingegen wollen die Pennäler wieder nach der vierten Klasse auf die verschiedenen Schultypen verteilen.

Dieses „Wahlversprechen Nummer eins“, so CDU-Finanzminister Manfred Kanther, hatte dem „Elternwillen“ gegolten. „Sofort“ und schon zum neuen Schuljahr, war den Eltern per Rundbrief



Devisenmakler Schmidt (1985): Mit Geschenken nach Budapest

zugesagt worden, sollten sie für ihre Kinder die gewünschte Schule „frei wählen können“. „Vorsorglich“ riet Kultusminister Christean Wagner vergangene Woche den Eltern, ihre Kinder schon einmal anzumelden, als gäbe es das Gesetz bereits. Irgendwann müsse die SPD ihre „Obstruktionspolitik“ aufgeben.

Doch erst während der Schulferien, die in Hessen am 16. Juni beginnen, können die Schülämter aufgrund der Anmeldungen beurteilen, wo Gymnasialklassen eingerichtet oder freiwillige Förderstufen mangels Anmeldungen geschlossen werden müssen. In solchen Fällen entscheidet dann keineswegs der Elternwille über die passende Schule für das Kind, sondern – so steht es vorsorglich im Gesetz – „das Staatliche Schulamt“.

VW-AFFÄRE

Völlig verdutzt

Das VW-Management will sich mit dem Verlust aus betrügerischen Devisengeschäften nicht abfinden – auch die Partner in Ungarn sollen zahlen.

László Karczag, im Vorstand der Ungarischen Nationalbank (UNB) für das Auslandsgeschäft zuständig, ist auf Deutschland und die Deutschen derzeit nicht gut zu sprechen. „Erst wurde unser guter Name mißbraucht“, so Karczag, „und jetzt sollen wir dafür auch noch zahlen.“

Der Zorn des ungarischen Nationalbankmanagers richtet sich gegen

Deutschlands größtes Automobilunternehmen, die Volkswagen AG. VW-Vorstandsmitglied Peter Frerk und VW-Chef-Justitiar Jürgen Schow hatten die Staatsbankiers in einem Brief vom 18. März dieses Jahres um „Verständnis“ dafür gebeten, „daß wir ... die nach unseren Dokumenten bestehenden Ansprüche ... aufrechterhalten“.

Die Ansprüche jedoch bestehen nach Ansicht der Ungarn überhaupt nicht. Sie betreffen neun angeblich zwischen Mai und November 1985 mit der Nationalbank abgeschlossene Devisentermingeschäfte über insgesamt 308 Millionen US-Dollar. Die Dollar waren, so steht es in den VW-Büchern, zum Durchschnittskurs von rund drei Mark in Termingeschäften an die UNB verkauft worden. VW wollte damit andere Termin-

„Wir waren Achims Bijou“

Devisenexperten Junger und Schmidt haben ihr Geld breit gestreut

Burkhard („Bobby“) Junger, der Mann, der bei Volkswagen mit Milliarden spekulierte, war auch privat ein Zocker. Den Hauptteil seines Vermögens dürfte Junger – ebenso wie sein Komplize Joachim („Achim“) Schmidt – zwar auf Treuhandkonten in Liechtenstein, Luxemburg oder in der Schweiz weggepackt haben, einige hunderttausend Mark behielt der Devisenhändler jedoch als Spielgeld in der Hand.

Junger steckte das Geld in riskante Geschäfte mit Anlagevermittlern. So zeichnete er im Dezember vergangenen Jahres über die Inter-Continental Brokerage Corp. in der Glücksspielermetropole Las Vegas, Nevada (Konto-Nummer 4900-5001), für 100 000 Mark Freiverkehrsaktien einer Computer-Firma mit Namen LC Bloc Technology Inc., die damals noch im Gründungsstadium war. Weitere 65 200 US-Dollar investierte Junger in neue Aktien der Waffenfirma Weaver Arms aus Kalifornien.

Junger, der sich nicht scheute, Briefe an die Broker mit offiziellen Kuverts seines Arbeitgebers Volkswagen zu verschicken, legte andererseits großen Wert auf Diskretion. Die Post von Inter-Continental Brokerage ging nicht an seine Privatadresse in Wolfenbüttel, sondern an die Adresse seines Vaters Hans.

Der Frankfurter Devisenmakler Schmidt, nach dem Bundeskriminalamt und Interpol seit Wochen wegen Beihilfe zur Untreue und Urkundenfälschung weltweit fahnden, war in Geldangelegenheiten offenbar umsichtiger als der ehemalige VW-Devisenhändler. Schmidt steckte rund eine Million in zwei gediegene Wohnungen in Madulain, nahe dem Schweizer Skort St. Moritz.

Rund anderthalb Millionen kostete eine Villa samt Luxusjacht „Tom-Next“ in Porto Cervo an Sardinien Costa Smeralda. Noch einmal zwei bis drei Millionen flossen in die Effekten & Anlagen AG (Efag) im Zürcher Vorort Zollikon.

Schmidt stieg 1985 mit Chrysostomus Kazantzis, einem befreundeten Griechen, der in Frankfurt eine Computer-Firma besitzt, bei der Efag ein. Zusammen erwarben die beiden die Mehrheit des Gesellschaftskapitals von drei Millionen Franken. Schmidt übernahm den Posten eines Verwaltungsrats und eröffnete ein Depotkonto, auf dem Wertpapiere zwischen ein und zwei Millionen Mark verwaltet wurden.

Mit Schmidts Einstieg blühte die darniederliegende Efag sichtlich auf. Vor allem das Devisengeschäft – die Spezialität des Frankfurters – brummt. Bald machte es allein zwei Drittel des Umsatzes aus. Schmidt, so Efag-Geschäftsführer Willy Frey, habe „viele nützliche Tips“ beigesteuert.

Die Efag, so berichten ehemalige Schmidt-Mitarbeiter, sei für ihren Chef „ganz, ganz wichtig“ gewesen. Schmidt habe ständig mit Zollikon telefoniert, sei selbst oft da gewesen und habe sogar persönlich die Einrichtung ausgesucht.



Devisenhändler Junger
Aktien in Las Vegas

Das auffällige Interesse des Frankfurter Maklers an seinem Schweizer Investment bestätigt auch Efag-Geschäftsführer Frey. „Wir waren“, so Frey, „Achims Bijou.“

Sein Juwel hat Schmidt wohl auch heute noch nicht aufgegeben. Im November vergangenen Jahres, wenige Tage nach den ersten Presse-Meldungen über eine Devisenschiefelage bei VW, zog sich Schmidt zwar überraschend aus dem Efag-Verwaltungsrat zurück. Geschäftsführer Frey ließ jedoch dem SPIEGEL gegenüber durchblicken, daß Schmidts Nachfolger im Verwaltungsrat, Walter Hediger, weiterhin die Interessen des verschwundenen Maklers wahren könnte. Hediger hat in der Schweiz eine eigene Treuhandgesellschaft.

kontrakte – den Kauf von Dollar – abschließen.

Mitte Februar dieses Jahres hatte sich jedoch herausgestellt, daß die Kontrakte mit den Ungarn nur auf dem Papier standen. VW kann die teuer eingekauften Dollar nicht an die UNB weiterreichen, weil diese von den Geschäften nicht gewußt haben will und die Unterlagen als gefälscht bezeichnet.

Da der Dollar inzwischen um 1,20 Mark an Wert verloren hat, muß VW einen Verlust von insgesamt 370 Millionen Mark aus diesen neun Geschäften verbuchen. Sie addieren sich mit den Verlusten aus weiteren windigen Kontrakten, die durch Manipulationen im Devisenhandel entstanden, zu fast einer halben Milliarde. Mit dem Verlust haben sich die VW-Manager jedoch noch nicht endgültig abgefunden. Zumindest einen Teil möchten sie gern auf die Ungarn abwälzen.

Die jedoch stellen sich stur. In seiner Antwort an Frerk erinnerte UNB-Manager Karczag daran, daß eine von Wolfsburg an die Donau entsandte Untersuchungskommission am 27. Februar in einem Protokoll gemeinsam mit der UNB zu dem Schluß gekommen sei, daß die Bestätigungen der Ungarn für die fraglichen Devisengeschäfte „gefälscht“ wurden. Sein Haus, so Karczag, lehne daher „jegliche Ansprüche“ der Wolfsburger „kategorisch“ ab.

In der Tat können die Budapester Bankiers durch den Hinweis auf die gefälschten Belege glaubhaft machen, daß sie von den fraglichen Geschäften nichts wußten. Die UNB-Manager haben darüber hinaus ein Schreiben vom Januar 1986 in Händen, mit dem die Wolfsburger bescheinigen, daß per Ende 1985 keine laufenden Kontrakte mit den Ungarn in den Büchern stehen.

Dem VW-Persilschein für die Ungarn war eine merkwürdige Korrespondenz zwischen Wolfsburg und Budapest vorausgegangen. Der Schriftwechsel belegt, wie nachlässig bei VW die Kontrolle von Devisengeschäften gehandhabt wurde.

Am 30. September 1985 hatte VW die UNB aufgefordert, acht Termingeschäfte über insgesamt 290 Millionen Dollar zu bestätigen. „Wir waren“, so erinnert sich István („Steve“) Töröcskey, stellvertretender Chefdevisenhändler der Nationalbank, „völlig verdutzt.“

Auf seine Rückfrage in Wolfsburg habe VW zurückgeschrieben, die Ungarn sollten das vorangegangene Schreiben „bitte ignorieren“, es sei „irrtümlich abgesandt“ worden. Die Bitte um Bestätigung vom 30. September war echt; sie paßte aber wohl VW-Chefdevisenhändler Burkhard Junger nicht, der sie deshalb einfach als Irrtum bezeichnete.

Junger sitzt in Untersuchungshaft, weil der Staatsanwalt ihn verdächtigt, zusammen mit dem Frankfurter Devisenmakler Joachim Schmidt durch betrügerische Geschäfte den VW-Konzern um

Das beste ist: eine gute Versicherung.



SIGNAL
VERSICHERUNGEN

Joseph-Scherer-Straße 3, 4600 Dortmund 1

480 Millionen Mark geschädigt zu haben. Schmidt ist auf der Flucht.

Bei VW fragte damals offenbar niemand nach, warum denn Antwort aus Budapest – die Junger ja verhindert hatte – ausblieb. Die Ungarn dagegen baten am 24. Januar vergangenen Jahres die Wolfsburger um Bestätigung, „daß wir per 31. 12. 85 nichts von Ihnen in den Büchern haben“. Diese Bestätigung kam prompt – von Junger.

Gut ein Jahr später stellte sich heraus, wie nützlich die Bescheinigung aus Wolfsburg war. Am 18. Februar dieses Jahres rief die Frankfurter DG Bank, die bundesdeutsche Korrespondenz-Bank der Ungarn, in Budapest an und bat um Überweisung von 155 260 000 Mark – den Gegenwert für 50 Millionen Dollar, die an diesem Tag von VW an die Ungarn gehen sollten.

Die Ungarn zeigten sich zum zweiten Mal verblüfft. Von einem derartigen Geschäft, so ihre Antwort an die DG Bank, sei ihnen nichts bekannt. Als VW die schriftliche Bestätigung der Ungarn für den Kontrakt vorlegte, erklärten sie diese für gefälscht: „Die beiden in Frage kommenden Unterschriften“, so die UNB kühl, „sind nicht in der Liste unserer autorisierten Unterschriften.“

Die Fälschungen, die dem VW-Management eine geschlossene Devisenposition vorgaukelten, waren reichlich grob – ein weiterer Beleg für die mangelnde Kontrolle in Wolfsburg. Teilweise wichen die Dokumente in bis zu 17 Punkten von den offiziellen Schreiben der UNB ab: Das Papier war ein anderes, das Schriftbild auch, die Buchungsnummern für die Geschäfte stimmten nicht.

Für die Vorgesetzten von Devisenchef Junger, die Innenrevision in Wolfsburg und die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuarbeit waren die Fälschungen jedoch offenbar gut genug. Fast zwei Jahre lang und über zwei Bilanzstichtage hinweg blieben die Manipulationen unentdeckt.

Dabei hätte schon ein kurzer Blick in das offizielle Unterschriftenverzeichnis der UNB genügt, um den Schwindel aufzudecken zu lassen. Die von den Fälschern verwendeten Unterschriften sind in dem Heftchen, das jedem Geschäftspartner der Ungarn zugänglich ist, nicht enthalten; auch die von den Fälschern verwendete Bezeichnung National Bank of Hungary ist nicht zu finden. Für offizielle Schreiben ist der ungarische Name Magyar Nemzeti Bank vorgeschrieben.

Ohnehin hätten die Devisengeschäfte mit der UNB die Wolfsburger Kontrolleure von Anfang an mißtrauisch machen müssen. Die Kontrakte waren nämlich Teil einer Kette von zweifelhaften Geschäften zu sogenannten historischen, das heißt marktabweichenden Kursen.

Das ging so: Volkswagen kaufte von den Ungarn per Kasse, also sofort, Dollar gegen Mark und zahlte dafür weit

mehr als den seinerzeit gültigen Tageskurs. Die Dollar reichten die Wolfsburger per Kasse zu ebenfalls überhöhten Sätzen an amerikanische Banken weiter. Deutschen Geldinstituten ist der Devisenhandel zu historischen Kursen verboten. Von den Amerikanern kauften die VW-Leute die soeben verkauften Dollar gleich anschließend – wiederum zu teuer – per Termin zurück. Die so entstandene offene Dollarposition schloß VW-Devisenchef Junger dann auf dem Papier, indem er die teuren Termin-Dollar angeblich per Termin nach Budapest weiterreichte. Doch dieser Teil des Geschäfts war nur vorgetäuscht, und daraus erwuchsen VW die Verluste.

Daß VW Kassa-Geschäfte zu historischen Kursen mit ihnen abschloß, schien die Ungarn monatelang nicht zu stören. Da die vereinbarten Kurse zu ihren Gunsten waren, verdienten die Staatsbankiers viel Geld – bei insgesamt neun Geschäften angeblich über 50 Millionen Mark. Der Frankfurter Devisenmakler Schmidt, der die Geschäfte vermittelte, hatte für die marktfernen Kurse, so die Ungarn, eine „plausible Erklärung“. Schmidt, so der bei UNB für die VW-Geschäfte zuständige Devisenhändler Töröcskey, habe ihm gesagt, VW wolle auf diese Weise „Gewinne verschieben“.

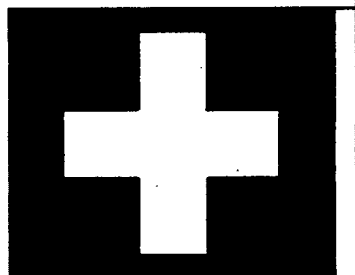
Als VW die UNB Ende September 1985 aufforderte, Termingeschäfte über 290 Millionen Dollar zu bestätigen, wurden die Ungarn jedoch plötzlich anderen Sinnes. UNB-Manager Töröcskey teilte Makler Schmidt mit, in Zukunft „keine komischen Kurse mehr“ akzeptieren zu wollen. In Wolfsburg dagegen kam offenbar niemand auf die Idee, bei den Ungarn nachzufragen, warum sie die Dollarabnahmeverpflichtungen, die VW in den Büchern hatte, immer wieder verlängerten, obwohl der Kurs der amerikanischen Währung seit 1985 nur noch eine Richtung kannte: nach unten. Selbst als im SPIEGEL und im „Platow-Brief“ Berichte über eine Devisenschiefelage erschienen, schöpften die Wolfsburger Prüfer keinen Verdacht, daß an den Ungarn-Kontrakten etwas faul sein könnte.

Dem VW-Vorstand dürfte Anfang Juli denn auch eine unerfreuliche Hauptversammlung bevorstehen. Zwei Aktionärgemeinschaften, unter ihnen die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz mit Otto Graf Lambsdorff an der Spitze, haben bereits angekündigt, daß sie dem Wolfsburger Management die Entlastung verweigern werden.

Der VW-Vorstand betrachtet sich jedoch als unschuldiges Opfer einer Verschwörung. „Gegen kriminelle Energie“, so VW-Chef Carl Hahn, „sind wir im Zweifel machtlos.“

Als Verschwörer kommen für die VW-Manager neben ihrem ehemaligen Devisenchef Junger und dessen Makler-Freund Schmidt offenbar auch die Ungarn in Betracht. Angeführt von Vorstandsmitglied Frerk, der bis zum Ein-

Machen Sie mal echten Urlaub



**Lausanne
Montreux-Vevey
Château-d'Oex
Les Diablerets
Leysin
Villars
Yverdon-les-Bains
Vallée de Joux
La Broye
La Côte
Lavaux**

**Fribourg
Neuchâtel**

Auskünfte:
Schweizer Verkehrsbüro
Kaiserstraße 23, 6000 Frankfurt/Main
Telefon: 069 - 25 60 01 24
Office du Tourisme du Canton de Vaud
(Waadtland)
Mon Repos 3,
CH-1000 Lausanne 4
Telefon 00 41-21-22 77 82
Telex 24 390

Union Fribourgeoise du Tourisme
(Freiburger Land)
Route de la Carrière 4,
CH-1700 Fribourg
Telefon 00 41-37-24 56 44,
Telex 942 172

Fédération Neuchâteloise du
Tourisme
(Neuchâtel-Land)
Rue du Trésor 9, CH-2000 Neuchâtel
Telefon 00 41-38-25 17 89
Telex 952 718

**Schweizer Qualität,
französischer Charme
bei deutscher
Sprache ...**

Eine Ferienregion für gehobene Ansprüche. Für anspruchsvolle Abwechslung. Als Kulisse schönste Schweizer Bergwelt. Waldreiches Mittelgebirge, sanfte Hügel und Täler. Bäche und Seen, Obstgärten und berühmte Weinlagen. Dazwischen urige Dörfer und romantische Städtchen. Zum Teil weltberühmt und doch unberührt vom Massentourismus – trotz Autobahndirektanschluß.

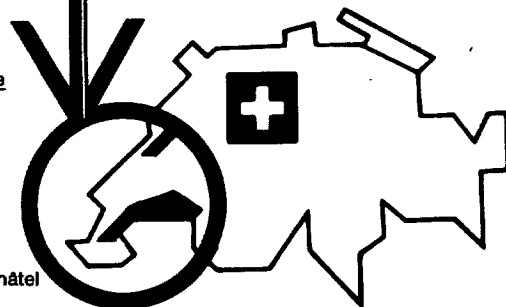
Genausoviel Abwechslung für Aktivurlauber: Hobbies und Feriensport in allen Variationen.

Man spricht französisch und (fast) genausogut deutsch.

Vorbildlich die Hotellerie und Gastronomie. Bei allem Hauch von Exklusivität – Qualität ist Standard und ihren Preis wert.

**Canton de Vaud
(Waadtland – Genfer See-Gebiet)**

**Neuchâtel –
Freiburger Land**



tritt des neuen Finanzchefs Dieter Ullsperger kommissarisch das Ressort Finanzen führt, versuchen die VW-Manager derzeit, den Ungarn eine Mitschuld an dem Devisenschwindel nachzuweisen.

Sie sind dabei nicht ohne Chancen. Vor allem das Verhältnis der UNB zu dem vermutlichen Haupttäter Schmidt bietet reichlich Anlaß, an der Unschuld der Ungarn zu zweifeln.

Während VW mit Ausnahme von Devisenchef Junger und wahrscheinlich einiger Helfer all die Jahre nichts von der Existenz Schmidts erfuhr, pflegten die Ungarn zu dem Frankfurter Makler enge Kontakte – viel engere, als sie zugeben wollen. Schmidt reiste oft und gerne an die Donau. Er soll dabei, so ehemalige Mitarbeiter, stets viele Geschenke mitgenommen haben.

Manchmal waren auch Kollegen dabei. So flog Schmidt etwa 1985 mit einigen Mitarbeitern im Privatflugzeug nach Budapest, um mit der UNB deren neue Devisenhandelsabteilung einzuweihen. Im vergangenen Jahr verlegte Schmidt sogar die Weihnachtsfeier seines Büros in die ungarische Hauptstadt. Zu Gast waren selbstverständlich auch seine Freunde von der Nationalbank.

Obwohl die Ungarn Schmidt nach eigenen Angaben insgesamt fast vier Millionen Mark Courtage zahlten, kam davon nie ein Pfennig auf dem Geschäftskonto des Maklers bei dem Bankhaus Merck, Finck & Co. an. Die Ungarn überwiesen die Millionen auf Schmidt-Konten vorzugsweise in der Schweiz und ermöglichten dem Frankfurter so, seine Steuerschuld zu verkürzen.

Im Sommer 1985, also genau zu der Zeit, zu der auf Vermittlung Schmidts die umstrittenen Devisengeschäfte zwischen VW und der UNB vereinbart wurden, war der Makler seinen ungarischen Freunden einmal besonders zu Gefallen. In aller Eile besorgte Schmidt für einen Ungarn einen Golf GTI. Von den 21 000 Mark, die das Auto kostete, übernahm das Büro Schmidt 13 000.

Der Name des Ungarn, für den Schmidt so eifrig und großzügig tätig war, ist László Benedec. Der Mann betreibt ein Dentallabor in Budapest und hat mit Geldgeschäften selbst nichts zu tun. László hat jedoch hervorragende Beziehungen zur Ungarischen Nationalbank. Sein Bruder Georg arbeitet dort in der Innenverwaltung, und einer seiner besten Freunde ist stellvertretender Leiter des Devisenhandels: Es ist jener Steve Töröcskey, der für die Ungarn die Geschäfte mit Schmidt und VW abwickelte.

Der UNB-Manager räumt inzwischen auch ein, das Auto für seinen Freund bei Schmidt bestellt zu haben. Er habe, so Töröcskey, den Makler lediglich um einen „Gefallen für einen guten Bekannten“ gebeten. „Ich weiß“, so der Ungar, „die Sache setzt mich in ein schlechtes Licht. Aber ich bin nicht korrupt.“

CDU

Menschliche Veranstaltung

Ein in der Kunst des Klüngels erfahrener Multifunktionär wird Nachfolger Norbert Blüms als Chef der CDU-Sozialausschüsse.

Helmut Kohl hat mit der Arbeitnehmertruppe seiner Partei größeren Ärger wohl nicht zu befürchten. Wenn alles weiter nach Plan läuft, wird ein Mann aus seiner Seilschaft Nachfolger Norbert Blüms als Vorsitzender der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA).

Der Kölner Multifunktionär Heinz Soénus, 57, seit 17 Jahren für die CDU



CDA-Kandidat Soénus
„Klüngel ist nichts Schlechtes“

im Düsseldorfer Landtag, hat mit Kohl schon in den 50er Jahren im „Deutschlandrat“, der Jungen Union politisiert und „so manches Wochenende“ verbracht. Und als die Delegierten des Kölner CDU-Kreisverbandes, des größten der Republik, auf dem CDU-Parteitag in Saarbrücken 1971 geschlossen für Rainer Barzel als Nachfolger des CDU-Vorsitzenden Kurt Georg Kiesinger stimmten, brach einzig Soénus aus der Phalanx aus. Er votierte für Helmut Kohl. Geschadet hat es ihm nicht.

Allenfalls innerhalb seines neuen christlichen Arbeitnehmervereins kann der designierte Vorsitzende Vorbehalte spüren. Doch auch die schärfsten Kritiker können Soénus wohl nicht verhindern. Die CDA-Landesverbände sollen sich in den nächsten Tagen erklären, damit er noch vor Pfingsten offiziell

nominiert und auf der Bundestagung im Oktober gewählt werden kann.

Nur wenn die Bonner CDU-Führung sich „ein bißchen zu stark für Soénus ausspricht“, so hofft ein Soénus-Gegner, „dann ist der weg und wird es ganz bestimmt nicht“. Aber das weiß natürlich auch der Parteivorsitzende Kohl.

Der Gewerkschaftsflügel der CDU-Arbeitnehmerschaft kann sich für Soénus nicht erwärmen, obwohl der Christdemokrat seit 40 Jahren Mitglied der DGB-Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) ist. Als der junge Mann sich kurz nach Kriegsende in CDU, CDA und ÖTV engagierte, war er einfacher, unterer Angestellter der Köln-Bonner-Eisenbahn AG. Heute ist der kommende erste Mann der christlichen Arbeitnehmerschaft hauptberuflich Geschäftsführer der Kölner Stadtwerke und der stadteigenen Wohnungsgesellschaft – also längst Arbeitgeber. Kann der Herr Repräsentant der Knechte sein?

„Wieso nicht?“ kontert Herbert Scharrenbroich, CDU-MdB und langjähriger Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse: „Heinz Soénus ist genauso Arbeiter gewesen wie Norbert Blüm und hat jetzt genau wie Blüm eine Leitungsfunktion.“ Wie Blüm sei er sich politisch treu, habe seine „authentische Arbeiterherkunft nicht verraten“.

Daß allerdings ausgerechnet Scharrenbroich Stimmung für Soénus macht, findet der Gewerkschaftsflügel um den stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Gustav Fehrenbach und den früheren Blüm-Vertrauten und Ex-Abteilungsleiter im Arbeitsministerium, Hanshorst Viehof, nicht gut: Scharrenbroich wäre ihre Trumpfkarte, um den ungeliebten Kölner zu verhindern, aber er will nicht. So wird wohl Viehof

ein, chancenloser, Gegenkandidat. Der Gewerkschaftsflügel, der sich vor der letzten Wahl erbitterten Streit mit Blüm um dessen Reform des Streikparagrafen 116 lieferte, fürchtet unter dem Vorsitzenden Soénus das Ende der CDA-Eigenständigkeit. Schon jetzt, klagte Viehof, seien die Sozialausschüsse in Gefahr, „ihre Identität zu verlieren, weil sie nur noch zur Rechtfertigung von Koalitionsbeschlüssen gebraucht werden, die nicht ihren Geist atmen“.

Die Kritiker fürchten, daß Soénus sich in Bonn zu wenig zu Wort melden könnte, auch wenn er dem CDU-Generalsekretär Heiner Geißler jüngst ein schroffes „Du kannst mich mal“ anbot. Er sei leicht erpreßbar, gilt manchen als „Lappas der Sozialausschüsse“.

Diese Vorwürfe von Christenfreunden und Kollegen haben Soénus „verbie-